

Mit Unterschriften gegen Fluglärm in Berlin

Vertreter mehrerer Bürgerinitiativen machten dem Bundeskanzleramt ihre Aufwartung – Warnung vor der gesundheitsschädlichen Wirkung von Krach

Vertreter mehrerer Initiativen gegen den Fluglärm haben in einer bundesweiten Aktion mehr als 40 000 Unterschriften gesammelt und Kanzlerin Angela Merkel übergeben.

Berlin/Mainz. Das Thema ist heiß. In der vergangenen Woche diskutierten im hessischen Landtag die Abgeordneten zwei Tage über die Folgen des Fluglärms. Während Fraport in die Forschung investieren will, damit die Flugzeuge am Himmel leiser werden, fordern die Anwohner schnell Studien über die gesundheitlichen Folgen der permanenten Lärmbelastung.

Zu Beginn der Woche nun machten Vertreter mehrerer Bürgerinitiativen der Bundeskanzlerin ihrer Aufwartung. Im Gepäck: mehr als 40 000 Unterschriften für Nachtflugverbote und für die Einschränkung des Flugverkehrs über Wohngebieten.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Mainz-Bingen, Ute Granold, begleitete die Gruppe, zu der auch einer der Organisator der Unterschriftenaktion, der Mainzer Dietrich Elsner, gehörte. Granold bewertete die Tatsache, dass der für die Verkehrspolitik zuständige Referatsleiter Dirk

Pung-Jakobsen die Gruppe im Kanzleramt empfangen habe als Signal, dass die Bundesregierung auch offen für die Argumente der Fluglärmgegner sei.

„Ich setze mich ebenfalls bereits seit vielen Jahren im Zusammenhang mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens für eine konsequente Umsetzung des Mediationspaketes ein“, betont die Abgeordnete. Darin sei zu Recht als Ausgleich für die zu erwartenden zusätzlichen Belastungen am Tag ein konsequentes Nachtflugverbot vereinbart worden.

„Das Bundesverkehrsministerium hat mittlerweile von der von den Initiativen befürchteten Aushöhlung der Nachtflugregelungen durch eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes Abstand genommen“, sagte Granold. Dazu hat ihrer Meinung auch die Unterschriftenaktion beigetragen.

Kinder besonders betroffen

„Die ebenfalls von den Initiativen erhobene Forderung nach einer Belastung des Luftverkehrs mit Steuern und Abgaben analog zu den anderen Verkehrsträgern hat die Bundesregierung mit der Luftverkehrsabgabe bereits aufgegriffen“, argumentiert die Unionspolitikerin.

Auch die Mainzer Grünen unterstützen das Anliegen der bundesweiten Initiativen. „Gerade haben bei der Anhörung zum Thema Fluglärm im hessischen Landtag wieder zahlreiche Expertinnen und Experten den Nachweis erbracht, dass Fluglärm das Erkrankungsrisiko steigert.“, sagte Katrin Eder, Fraktions-

sprecherin der Grünen. „Insbesondere der nächtliche Fluglärm gefährdet die Gesundheit, Kinder sind davon besonders betroffen. Die Einhaltung der Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr ist daher das Mindeste, was die Menschen im Rhein-Main-Raum von der Betreiberin des Flughafens Frankfurt Main erwarten können. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Aufweichung der Nachtflugbeschränkungen im Luftverkehrsgesetz muss deshalb unbedingt verhindert werden.“

Die Verlagerung von deutlich mehr Flugrouten auf den Luftraum über Mainz, die in der Sitzung der Fluglärmkommission Frankfurt für die Zeit nach dem Ausbau des Frankfurter Flughafens angekündigt wurden, könne so nicht hingenommen werden. Hier werde die Gesundheit von Tausenden Mainzern dem wirtschaftlichen Interesse der Fraport untergeordnet.

Es könne nicht angehen, dass die direkten Flughafenanrainer auf Kosten der Rheinhessen entlastet würden, ergänzte Markus Gröninger, stellvertretender Fraktionssprecher. „Deshalb sind wir auch nach wie vor der Meinung, dass der Flughafen ausbau als Hauptursache für die Belastungen insgesamt verhindert werden muss. Dafür werden wir uns auch weiter einsetzen!“, schließt Gröninger ab.